

Atomausstieg wird lokales Thema

Siegen, 05.04.2011, DerWesten



RWE Masten auf der Lurzenbach

Siegerland. Die anhaltende Diskussion über die zukünftige Atompolitik beschäftigt zunehmend auch die Parteien auf kommunaler Ebene. Am Tag vor der heutigen Siegener Ratssitzung haben die drei Fraktionen von SPD, Grünen und Die Linke einen gemeinsamen Antrag gestellt: Sie wollen die Vertreter der Stadt Siegen beauftragen, sich in der bevorstehenden Hauptversammlung der RWE für einen „schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomkraft einzusetzen“.

In einem Offenen Brief hatten ebenfalls am Dienstag die beiden grünen Kreissprecher Dr. Peter Neuhaus und Florian Kraft die eigene Kreistagsfraktion und die Ratsfraktionen in den Städten und Gemeinden um Unterstützung „für unser Votum zum flächendeckenden Ausstieg aus der kommunalen Kooperation mit dem Energieversorgungskonzern RWE“ gebeten.

Kooperation nicht mehr fortsetzen?

Im Falle ablaufender Konzessionsverträge mit dem RWE als lokalem Stromversorgungsunternehmen sollen die Fraktionen darauf hinarbeiten, dass es nicht zur Fortsetzung dieser Kooperation komme und stattdessen alternative Versorger als Kooperationspartner gewonnen werden.

Neuhaus und Kraft betonen, dass die Grünen „ausdrücklich die Rekommunalisierung der Stromversorgung“ unterstützen, also die Übernahme der Stromversorgung in Kreis, Städten und Gemeinden in kommunaler Regie. Eine Reihe von Kommunen im Kreis und angrenzenden Kommunen außerhalb des Kreisgebietes prüfe derzeit bekanntlich eine solche Strategie. Vor diesem Hintergrund sei es auch einer Prüfung wert, ob die Stadt Siegen in einen solchen Versorgerverbund noch eintreten könnte.

Natürlich steht für die Grünen die Havarie des Kernkraftwerks in Fukushima im Hintergrund ihrer Überlegungen. Genau 25 Jahre nach Tschernobyl sei das Ende des Atomzeitalters endgültig gekommen. Dazu bahne sich allmählich ein parteiübergreifender Konsens an. Während sich drei der vier großen Stromkonzerne – EnBW, Vattenfall und E.ON – dem Ende des Atomzeitalters nicht länger grundsätzlich sperren wollten, habe RWE Klage gegen das Moratorium der Bundesregierung zur Laufzeitverlängerung erhoben.

Neuhaus und Kraft meinen: „Nur RWE ist offenbar immun gegen die Zeichen der Zeit.“ RWE-Chef Jürgen Großmann ignoriere den Willen der Mehrheit der Bevölkerung zum Atomausstieg. Deshalb finden die Grünen, dass das Unternehmen „das Vertrauen der Menschen verspielt“ habe. Es sei aus Sicht der Partei nicht geeignet, als Kooperationspartner im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zu agieren.

Wert des Aktiendepots eher zweitrangig

Begrüßt wird von den Grünen auch die Initiative des Kreuztaler SPD-Kreistagsfraktionsmitglieds Roland Abel. Der hatte angesichts der RWE-Klage eine Anfrage an den Landrat gerichtet, in der es um den Rückgang der Aktienkurse und dessen Auswirkungen auf das vom Kreis gehaltene Aktiendepot ging. Die Grünen meinen aber, es könne nicht nur darum gehen, sich Sorgen um den Wert der vom Kreis gehaltenen RWE-Aktien zu machen.